

Hochschulreformen in Europa - Erhöhung der sozialen Selektivität?

Hartmann, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hartmann, M. (2006). Hochschulreformen in Europa - Erhöhung der sozialen Selektivität? In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 1525-1534). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-144487>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Hochschulreformen in Europa – Erhöhung der sozialen Selektivität?

Michael Hartmann

Vorbemerkung: Angesichts der gravierenden Veränderungen an den deutschen Universitäten stellen die folgenden Ausführungen nicht nur eine wissenschaftliche Analyse der Entwicklung dar, sondern auch, und vielleicht sogar vorrangig einen Beitrag zur aktuellen hochschulpolitischen Diskussion. Sie konzentrieren sich daher auf die Situation in Deutschland. In einer Zeit, in der die neue Aufnahmeprüfung für das Fach Soziologie an der LMU in einem Interview unter anderem damit begründet wird, dass jemand, der »die Welt verbessern und mit Menschen umgehen« will, besser Sozialpädagogik studieren solle, »nicht aber Soziologie, wo solide Mathematik- und Englischkenntnisse verlangt werden« (»Abitur ohne Garantie« von Jeanne Rubner in der Süddeutschen Zeitung, 9. August 2004), scheint mir (gerade auch seitens der Soziologie) ein solch politischer Blick auf die deutsche Gesellschaft dringend erforderlich.

Der Wandel der Hochschullandschaft in Westeuropa

In den letzten zwei Jahrzehnten ist die Hochschullandschaft in Europa einem tiefgreifenden Wandel unterworfen worden. In den meisten Ländern ist die Finanzierung (mehr oder weniger vollständig) auf Globalbudgets umgestellt worden und zugleich sehr viel stärker als früher von Leistungsparametern abhängig (zunehmend ergebnisgebunden anhand der Zahl der Absolventen und Prüfungen anstatt einsatzgebunden anhand der Zahl der angebotenen Studiengänge und der Studierenden).¹ Parallel zum Rückzug des Staates aus der direkten Budgetkontrolle hat die Überwachung der Hochschulen durch kontinuierlich erfolgende umfassende Evaluierungen erheblich zugenommen. Die Studienstrukturen werden derzeit in all den Ländern, in denen bislang (wie bei den meisten mittel- und südeuropäischen Staaten) die Abschlüsse Diplom und Staatsexamen dominierten, durch die Einführung von gestuften Abschlüssen nach dem Bachelor-Master-Modell gravierend verändert. Schließ-

¹ Bei der Finanzierung spielt die Kooperation mit der Wirtschaft auch eine immer größere Rolle.

lich hat man in einer ganzen Reihe von Ländern die Zulassungsbedingungen verschärft und Studiengebühren eingeführt (Eurydice 2000a). All diese Maßnahmen haben Konsequenzen für den Hochschulzugang der verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft und damit für die soziale Zusammensetzung der Studierenden.

Am unmittelbarsten wirkt sich in dieser Hinsicht sicherlich die Einführung von Studiengebühren aus. Das hat sich in Österreich zum Wintersemester 2001/2002 deutlich gezeigt. Zwar ist der anfängliche Einbruch bei den Anfängerzahlen um 15 Prozent inzwischen zum großen Teil wieder wettgemacht, allerdings zum Teil durch ausländische Studierende, der Anteil der Bewerber aus der unteren Hälfte der Bevölkerung bleibt aber niedriger als vor der Einführung. 2002 hatten nach einer Studie des österreichischen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur 42,4 Prozent der Studienanfänger Eltern ohne Matura (Abitur). Vor der Einführung der Studiengebühren waren es 1998 dagegen noch 47,3 Prozent. Diese Differenz hat sich inzwischen zwar etwas verringert, im Kern ist sie aber geblieben. Es gibt bei einkommensschwachen Familien einen eindeutigen Abschreckungseffekt, wenn die Gebühren nicht, wie bisher zum Beispiel in England der Fall, den Studierenden aus der unteren Hälfte der Bevölkerung komplett erlassen werden.² Es ist daher auch kein Zufall, dass die Bildungsbeteiligung aus diesem Teil der Gesellschaft in den skandinavischen Ländern am höchsten ist. Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden sind (abgesehen von Luxemburg) mittlerweile die letzten europäischen Staaten ohne Studiengebühren. Außerdem bieten sie außerordentlich großzügige Förderprogramme. So können zum Beispiel in Dänemark alle Studierenden 70 Monate lang ein staatliches Stipendium (ohne Rückzahlungsverpflichtung) von 600 Euro in Anspruch nehmen.³

Weniger offensichtlich sind die sozialen Folgen der anderen Veränderungen wie der Verschärfung der Zulassungsbedingungen, der Umstellung auf Bachelor und Master und der verstärkten Orientierung der staatlichen Finanzierung an der Anzahl von Absolventen und Prüfungen. Das gilt vor allem für die im Rahmen des sogenannten »Bologna Prozesses« vorangetriebene Ersetzung von Diplom und Staatsexamen durch Bachelor und Master. Sie wird von den zuständigen Politikern vielfach sogar als eine Möglichkeit angepriesen, die Universitäten sozial zu öffnen. Sollten die neuen Abschlüsse so gestaltet werden wie in Skandinavien, wo über 80 Prozent der Bachelor-Absolventen anschließend einen Master-Abschluss machen, oder wie in den Niederlanden, wo jeder Studierende mit Bachelor-Titel das Recht

² In England mussten bisher 40 Prozent der Studierenden die Gebühren nicht zahlen.

³ Dänemark ist neben Norwegen auch das einzige Land Westeuropas, das Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen in den letzten zwei Jahrzehnten nicht verschärft, sondern durch den Ausbau der Hochschulkapazitäten sogar reduziert hat.

auf ein Masterstudium erwirbt, dann ist diese Behauptung erst einmal nicht falsch. Die Wirklichkeit in den Ländern, in denen die neuen Abschlüsse jetzt eingeführt werden, sieht jedoch anders aus. Das Motiv ist dort nicht die Verbesserung der Chancengleichheit, sondern in erster Linie die Einsparung von Kosten durch ein beschleunigtes und für die große Mehrzahl der Studierenden auch deutlich verkürztes Studium. Von manchen deutschen Wissenschaftsministern wie Peter Frankenberg aus Baden-Württemberg oder Jörg Dräger aus Hamburg wird das auch offen ausgesprochen, von anderen nur auf Nachfragen zugestanden. Fast alle aber gehen von einer Quote zwischen 50 und 70 Prozent der Studierenden aus, für die nach dem Bachelor Schluss sein soll. Angesichts der Erfahrungen mit dem Bildungssystem Deutschlands, aber auch dem anderer großer Industrieländer wie etwa Frankreich, ist davon auszugehen, dass eine scharfe quantitative Auslese beim Übergang zu höher bewerteten Bildungstiteln auch eine massive soziale Selektion mit sich bringt (Becker 2004; Bourdieu 2004; Hartmann 2004; Müller/Pollack 2004). Der Master-Abschluss wird folglich in noch weit höherem Maße als Diplom und Staatsexamen für den Nachwuchs der so genannten »bildungsnahen« Bevölkerungskreise reserviert bleiben.

Diese Konsequenz ist nicht zwangsläufig. Sie resultiert ebenso wie die meisten anderen in sozialer Hinsicht negativ zu bewertenden Folgen der Hochschulreformen aus dem absoluten Primat, das der Senkung der staatlichen Bildungsaufwendungen in den meisten westeuropäischen Ländern heute zukommt. Wie dominant dieses Ziel ist, kann man sehr schön in der deutschen Kurzfassung der Eurydice-Studie (Eurydice 2000b) über die Hochschulreformen in Europa nachlesen. Dort ist bei praktisch jedem Punkt, von der größeren Autonomie für die Hochschulen über das Aufkommen neuer Finanzierungskonzepte und das Streben nach Effizienz bis hin zu veränderten Zulassungsverfahren, von restriktiver Haushaltspolitik, Einsparungszwängen und Kostenrentabilität die Rede. Staatliche Gelder einsparen, so heißt in der Regel das Motto, wenn es in Westeuropa um Veränderungen im Hochschulsektor geht.

Der Ruf nach Eliteuniversitäten in Deutschland

Nimmt man die Pläne der Bundesregierung für die Etablierung von Elitehochschulen genauer unter die Lupe, so wird eines relativ schnell klar. Mit den finanziellen Mitteln, die sie dafür vorgesehen hat, ist es absolut unmöglich, zu Spitzenuniversitäten wie Harvard oder Stanford aufzuschließen. Während letzteren Jahresetats von 2 bis 2,5 Milliarden Dollar für Studierendenzahlen zwischen 11.000 und 17.000 zur Verfügung stehen, müssen die großen deutschen Hochschulen mit 10 bis 20 Pro-

zent dieser Mittel ein Mehrfaches an Studierenden ausbilden. Die jetzt, sollte es noch zu einer Einigung zwischen Bund und Ländern kommen, für die auszuwählenden Eliteuniversitäten zusätzlich in Aussicht gestellten 250 Millionen Euro pro Jahr werden an dieser Differenz nichts Nennenswertes ändern. Das ist auch den meisten Befürwortern der Elitehochschulen klar.

Ihnen geht es im Kern aber auch um etwas ganz anderes. Der Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), Detlef Müller-Böling, hat das in einer ersten Stellungnahme im Januar 2004 auch sehr schnell deutlich gemacht. In dieser Stellungnahme kritisierte er die Pläne der SPD ob ihrer Realitätsferne, so weit es den Vergleich mit Universitäten wie Harvard oder Princeton angeht, machte gleichzeitig aber auf den entscheidenden positiven Effekt der Debatte aufmerksam. Sie mache deutlich, dass die Fiktion einer Gleichheit aller Universitäten aufgegeben werden müsse, und zeige der Öffentlichkeit außerdem deutlich, welche Veränderungen für die deutschen Hochschulen wirklich nötig und zugleich auch realisierbar seien. Das seien die freie Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen, weil nur »im Wettbewerb um die besten Studierenden« Spitzenleistungen entstünden, die Abschaffung der Kapazitätsverordnung, die den Universitäten eine bestimmte Anzahl von Studierenden pro Professur vorschreibe, weil sie »dem Gedanken der Differenzierung und Elitenbildung« widerspreche, und die Einführung von Studiengebühren, weil die Kriterien der Weltliga, in der man mitspielen wolle, das einfach zwingend beinhalteten.

Müller-Böling knüpft mit diesen Forderungen an jene Strukturveränderungen an, die seit geraumer Zeit durch zahlreiche einzelne Maßnahmen an den Hochschulen schon Stück für Stück umgesetzt worden sind und weiter werden. Sie zielen alles in allem in erster Linie auf eine wesentlich stärkere Binnendifferenzierung im Sinne einer Hierarchisierung der Hochschullandschaft ab.⁴ Die Diskussion um die so genannten Eliteuniversitäten hat diesen schon länger laufenden Prozess der Umstrukturierung seit Jahresbeginn allerdings vereinheitlicht und erheblich beschleunigt. Seine wichtigsten Elemente sind zum einen, da trifft Müller-Böling den Kern der Sache, die freie Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen und die Einführung von Studiengebühren, zum anderen – und das ist genauso wichtig – das Ende der relativ gleichmäßigen Verteilung der staatlichen Mittel (»Gießkannenprinzip«) zugunsten einer an so genannten Leistungskriterien (wie vor allem der Drittmittelwerbung) orientierten Mittelvergabe.

4 Die erst kürzlich erschienene deutsche Übersetzung von Bourdieus »La Noblesse d'Etat« (Bourdieu 2004) könnte angesichts dieser Entwicklung kaum aktueller sein, obwohl sie in Frankreich bereits 1989 veröffentlicht worden ist.

Zulassungsbeschränkungen, Studiengebühren und veränderte Mittelvergabe

Die freie Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen ist ein Ziel, das zahlreiche Hochschulen schon seit längerem auf ihre Fahnen geschrieben haben. Institut für Institut, Fachbereich für Fachbereich führt spezielle Aufnahmeprüfungen ein. Begründet wird das in der Regel mit den hohen Abbrecherquoten, die man so reduzieren wolle. Es solle – so die Argumentation – eben nur der ein Studium in diesem speziellen Fach beginnen können, der seine Fähigkeiten und seine Motivation zuvor unter Beweis gestellt habe. Das hört sich vernünftig an. Warum sollen 550 Abiturienten an der Uni München mit dem Anglistikstudium beginnen, wenn 200 es schon innerhalb der ersten zwei Semester wieder beenden. Diese Logik hat, selbst wenn man von der hohen sozialen Selektivität solcher Auswahlverfahren erst einmal absieht, einen entscheidenden Fehler. Die Einführung geht zumeist mit einer deutlichen Reduzierung der Studienplätze Hand in Hand. In der Anglistik an der Uni München haben nur ca. 230 den Test bestanden. Es sind nicht nur die 200 vermutlichen Abbrecher »rausgesiebt« worden sondern noch weitere 120 Bewerber. So sieht es fast überall aus. Ein großer Teil der früheren Studienplätze bleibt auf der Strecke. Die Gelegenheit wird genutzt, um mit der Überlastung vor Ort Schluss zu machen. So wird die Abbrecherquote zwar gesenkt, aber nur um den Preis einer insgesamt geringeren Absolventenzahl. Selbst wenn bei den Anglisten in München statt wie bisher 40 Prozent in Zukunft niemand mehr vorzeitig aufhören sollte, gibt es dennoch 100 Absolventen weniger. Da die deutschen Hochschulen durchweg völlig überlastet sind, gibt es einen Dominoeffekt. Wenn an einer Uni die Zahl der Anfänger beschränkt wird, frei nach dem Motto »verschon mein Haus, zünd's andere an«, wird aus Angst vor weiterer Überlastung über kurz oder lang die nächste folgen.

Eine spürbare Reduzierung der Studienplätze wird dabei vor allem jenen Universitäten gelingen, die sich (wie etwa die Hochschulen in Aachen, Berlin, Heidelberg oder München) aufgrund ihres traditionell guten Rufes und/oder ihres städtischen Umfelds eines überdurchschnittlich hohen Zuspruchs erfreuen können. Wenn die Abiturienten ihre Studienplätze durch Eignungsprüfungen auf Hochschulebene erwerben müssen, können diese besser ausgestatteten und angesehenen Universitäten die Kriterien für die Aufnahme kontinuierlich verschärfen. Sollte es zudem noch gelingen, die Kapazitätsverordnung abzuschaffen, wäre es ihnen sogar möglich, exklusive Elitestudiengänge mit einer ganz kleinen Zahl von Studierenden einzurichten, ohne die bisherigen Beschränkungen durch die Vorgaben der Kapazitätsverordnung beachten zu müssen. Dieser Gedanke schwebt vielen Hochschulleitungen vor allem an jenen Universitäten vor, die sich zu Recht als die Ge-

winner der Umstrukturierung fühlen können. Da gilt in besonderem Maße für die aussichtsreichen Kandidaten im Elitewettbewerb. Wenn der Rektor der Universität Heidelberg Anfang Mai in der New York Times International darüber klagt, dass seine Hochschule aktuell 26.000 Studierende beherbergen müsse, während es in den guten alten Zeiten, als Heidelberg noch in der Weltspitze vertreten war, weniger als 10.000 gewesen seien und dabei die Abkehr vom Gleichheitsideal zugunsten des Eliteprinzips sowie indirekt eine drastische Reduzierung der Studierendenzahl fordert, dann wird deutlich, wohin der Weg gehen soll. Es soll wieder einzelne Eliteuniversitäten geben, die sich den Problemen der unterfinanzierten Massenhochschulen durch eine deutliche Verringerung und zugleich Selektion der zugelassenen Bewerber entziehen können. »Elite und Masse passen nicht zusammen«, so formulierte es in dankenswerter Klarheit der Prorektor von Heidelberg, als er in einem Interview die freie Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen zu begründen suchte.

Sollte, wie von den meisten Beobachtern erwartet, das Bundesverfassungsgericht Ende des Jahres das Verbot von Studiengebühren für das Erststudium kippen, könnte dieser Prozess weiter beschleunigt werden. Während in den Wissenschaftsministerien in der Regel noch von 500 bis 1.000 Euro jährlich die Rede ist, spricht die Hochschulrektorenkonferenz bereits von Summen von bis zu 3.000 Euro pro Jahr und einzelne Universitätsleitungen denken bereits laut oder halblaut über fünfstelligen Gebühren für bestimmte Studienfächer wie etwa Medizin nach.⁵ Die Selektionswirkung solcher Kosten liegt auf der Hand.

Sie werden die soziale Auslese noch einmal deutlich verstärken, die von den Auswahlverfahren sowieso schon ausgeht. Jene begünstigen durch ihre Kriterien, wie die Bewerbungsprozeduren an den bekannten Universitäten der anderen großen Industriestaaten klar zeigen, ganz eindeutig die Bewerber aus dem Bürgertum. Die Kandidaten, die aus diesem Milieu stammen und den für die Auswahl zuständigen Personen dementsprechend in ihrem Habitus ähneln – ungefähr jede zweite Professur wird vom Nachwuchs des Bürgertums besetzt – werden folglich auch in Deutschland wesentlich bessere Aussichten haben, an den begehrten Hochschulen aufgenommen zu werden. Manchmal wird der soziale Selektionsgehalt solcher

⁵ Wie schnell drastische Anhebungen von Studiengebühren erfolgen können (sind diese prinzipiell erst einmal zugelassen) zeigt sich zur Zeit in England. Die 1998 in einer Höhe von 1.000 Pfund eingeführten Gebühren sind durch ein neues Gesetz auf 3.000 Pfund erhöht worden. Die offizielle Begründung, dass Gebühren in dieser Höhe nur von den besten Universitäten genommen werden sollten, hat sich bereits nach kurzer Zeit als haltlos erwiesen. Bis auf eine Hochschule in Birmingham, die sich mit »nur« 2.000 Pfund begnügt, nehmen alle anderen Hochschulen, auch die unseren Fachhochschulen vergleichbaren Polytechnics, den vollen Satz, so dass die Eliteuniversitäten wie Oxford und Cambridge schon laut nach einer weiteren Anhebung auf 10.000 Pfund für die Spitzenhochschulen rufen.

Auswahlgespräche sogar bei oberflächlicher Betrachtung unübersehbar. So stellt das Institut für Politikwissenschaften an der TU Darmstadt Abiturienten als ein wichtiges Bewertungskriterium die Frage: »Welche ausländischen Tageszeitungen lesen Sie?«. Dabei sind nicht, wie bei den Kindern von Immigranten, die Zeitungen des jeweiligen Heimatlandes gemeint, sondern international angesehene Publikationen wie die New York Times, die International Herald Tribune, die Times oder der Figaro. Was hier offenkundig ist, bleibt allerdings zumeist auf den ersten Blick verschlossen und wird erst bei genauerem Hinsehen erkennbar. Auswahlgespräche selektieren eben nicht nur nach Leistung, sondern auch nach Herkunft, und das nicht nur auf dem Wege der sozialen Bedingtheit schulischer Leistungen, sondern auch ganz unmittelbar durch die von Bourdieu so detailliert geschilderte Affinität zwischen den Kandidaten und den von ihnen ausgewählten Bildungsinstitutionen.

Die geplante Binnendifferenzierung der deutschen Hochschullandschaft setzt neben der freien Auswahl der Studierenden und der Einführung von Studiengebühren allerdings noch eine weitere Veränderung voraus. Die Verteilung der staatlichen Mittel muss stärker als schon bisher auf jene Universitäten konzentriert werden, die nach den in der öffentlichen Diskussion üblichen Kriterien (vor allem Drittmittelanteil) als besonders leistungsstark gelten. Sie werden also all jene Hochschulen begünstigen, die aufgrund ihrer traditionellen Verbindungen zu Wirtschaft und Politik oder ihrer Fächerstruktur (Medizin, Ingenieur- und Naturwissenschaften) im Vorteil sind und bisher schon über mehr Mittel verfügen konnten. Ihr finanzieller Vorsprung wird durch die neuen Finanzierungsrichtlinien spürbar weiter ausgebaut. Die Kluft zwischen den Hochschulen wird damit erheblich größer. Wie dieser Prozess ablaufen wird, davon gibt die Gründung des bayerischen Elitenetzwerks einen Vorgeschmack. Bei sieben der zehn in diesem Zusammenhang durch Extramittel geförderten Projekte haben die beiden Münchener Universitäten die Federführung, während umgekehrt die Hochschulen in Bamberg und Passau keinen einzigen Euro der Fördermittel aus diesem Topf erhalten.

Die deutsche Hochschullandschaft wird hierarchisiert

Alles in allem bedeutet das eines. Die deutsche Hochschullandschaft wird, sollte dieser Weg, wonach derzeit vieles aussieht, weiter beschritten werden, in zehn bis 15 Jahren stark hierarchisiert und sozial sehr viel selektiver sein als bisher. Zwar rekrutieren sich auch heute schon fast zwei Drittel der Studierenden an den deutschen Universitäten aus dem oberen knappen Drittel der Gesellschaft und 40 Pro-

zent sogar aus dem oberen Siebtel⁶, die soziale Selektivität ist dennoch deutlich niedriger als in dem immer wieder als Vorbild angepriesenen US-amerikanischen Hochschulsystem. An den knapp 150 US-Universitäten, die mit den hiesigen in etwa vergleichbar sind⁷, stammen drei Viertel der Studierenden aus dem oberen Viertel der Gesellschaft (Carnevale/Rose 2004: 106). An den 25 renommiertesten Elitehochschulen stellen die oberen zehn bis 20 Prozent der Bevölkerung sogar 80 Prozent der Studierenden (Hartmann 2004: 125), allein die obersten zwei Prozent ein Fünftel. In Zukunft wird sich die Situation auch in Deutschland in diese Richtung verändern. Es wird dann Universitäten mehrerer Kategorien geben. Die der ersten und der zweiten Kategorie werden einen weit überproportionalen Teil der privaten und staatlichen Gelder erhalten und sich bei den Wissenschaftlern wie den Studierenden »die Rosinen rauspicken« können. Sie werden in weit stärkerem Maße als heute für den Nachwuchs des Bürgertums reserviert sein, während die Masse der Studierenden aus der breiten Bevölkerung mit den anderen Hochschulen vorlieb nehmen muss, die aufgrund fehlender finanzieller wie personeller Ressourcen immer schlechtere Bedingungen bieten werden.

Die Forderung nach Elitehochschulen wird von unterschiedlichen Motiven gespeist. In bildungspolitischer Hinsicht verspricht sie die Lösung von zwei zentralen Problemen. Auf der einen Seite erhofft man sich vor allem auf Seiten der Wirtschaft, auf diese Weise die Leistungsfähigkeit der deutschen Universitäten in der Spitze zu verbessern, ohne dafür umfangreichere staatliche Mittel aufwenden zu müssen. Wollte man die Unterfinanzierung der deutschen Hochschulen insgesamt ernsthaft angehen, müsste man sich fast zwangsläufig mit der Frage höherer Steuern befassen. Das ist jedoch derzeit so ziemlich das letzte, was die Unternehmen sich wünschen, fordern sie doch ganz im Gegenteil ständig noch weitere steuerliche Entlastungen. Eine stärkere Konzentration der Mittel auf einige wenige Universitäten scheint hier eine Lösung zu bieten. Außerdem kann man mit den Studiengebühren gleichzeitig auch verstärkt auf eine Eigenbeteiligung der Studierenden und ihrer Eltern setzen und damit die Privatisierung der Bildungskosten vorantreiben. Damit wäre der Widerspruch zwischen Steuerentlastungen und Bildungsinvestitionen zumindest teilweise entschärft.

6 Angaben aus der 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks und eigene Berechnungen nach den Angaben über die Bildungsbeteiligung der vier dort gebildeten sozialen Herkunftsgruppen und die soziale Zusammensetzung der Studierenden an den Universitäten (Isserstedt u.a. 2004: 118, 138, 472).

7 Von den etwa 4.000 Hochschulen in den USA bieten ungefähr 1.800 nicht mehr als ein zweijähriges Kurzstudium an. An den übrigen ca. 2.200 kann man ein vierjähriges Studium bis zum Bachelor absolvieren. Nur ca. 150 aber sind so genannte *Research Universities*, an denen auch geforscht wird und promoviert werden kann, das heißt gerade einmal gut 15 Prozent der Studierenden studieren dort an Hochschulen, die unseren Universitäten strukturell vergleichbar sind.

Auf der anderen Seite stehen auch große Teile der akademisch ausgebildeten Berufsgruppen hinter den Plänen, weil sie in der Hierarchisierung der Hochschullandschaft die Möglichkeit sehen, die Chancen des eigenen Nachwuchses in der härter werdenden Konkurrenz spürbar zu verbessern. Das gilt gleich in doppelter Hinsicht. Zum einen erhoffen sie sich dadurch trotz der weitergehenden Sparmaßnahmen an den Hochschulen eine qualitativ hochwertige Ausbildung der eigenen Kinder – dass die es auf die in der Hierarchie höher angesiedelten und dementsprechend besser ausgestatteten Universitäten schaffen, wird stillschweigend vorausgesetzt – zum anderen glauben sie, die eigenen Sprösslinge durch den Besuch der dann im Ranking höher eingestuften Hochschulen vor der zunehmenden Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen bewahren und ihnen die eigene soziale Position qua Bildungsabschluss vererben zu können. Ob all diese Hoffnungen sich erfüllen, bleibt abzuwarten. Ganz unrealistisch sind die Annahmen jedenfalls nicht. Denn auch wenn keine deutsche Hochschule auf absehbare Zeit die Funktion von ausgesprochenen Eliteinstitutionen wie den *Grandes Écoles*, den Ivy League Universitäten, von Oxbridge oder Todai wahrnehmen wird (Hartmann 2002; 2004), so kann die Hierarchisierung der Universitäten eine Ebene darunter die Verteilung der beruflichen Karrierechancen doch erheblich beeinflussen. Wenn beispielsweise Heidelberg oder München, wie zu vermuten, zu den Hochschulen der ersten Kategorie zählen werden, dann werden ihre Absolventen bei der Berufssuche und im weiteren Verlauf ihres Berufslebens davon spürbar profitieren. Ist es heute für die Karriere ziemlich gleichgültig, auf welcher Universität jemand sein Examen gemacht hat, so wird das in zehn Jahren ganz anders sein. Ein Abschluss in Heidelberg oder an der RWTH Aachen eröffnet dann ganz andere Möglichkeiten als einer in Oldenburg oder Duisburg/Essen. Da die Zulassung an den »besseren« Hochschulen, wie beschrieben, sozial selektiv ausfallen wird, hat die Hoffnung, die sozialen Status auf diese Art und Weise vererben zu können, durchaus eine reale Grundlage.

Für die zügige Umsetzung der Umstrukturierungspläne im Hochschulbereich gibt es aber noch einen weiteren Grund, die fast uneingeschränkte Unterstützung durch die maßgeblichen Eliten dieses Landes. Aus ihrer Sicht passt die Forderung nach Elitebildung und Differenzierung genau in eine Zeit, in der die wachsende Spaltung der Gesellschaft nach politischer Legitimierung verlangt. Wenn es unter Hinweis auf die für den Standort Deutschland unverzichtbaren »Leuchttürme« der Wissenschaft gelingen sollte, die Notwendigkeit von Elitebildung gesellschaftlich zu etablieren, dann dürfte der breiten Öffentlichkeit auch die Teilung der Gesellschaft in oben und unten, Elite und Masse leichter zu vermitteln sein, so die Überlegung.

Literatur

- Becker, R. (2004), »Soziale Ungleichheit von Bildungschancen und Chancengerechtigkeit«, in: Becker, R./Lauterbach, W. (Hg.), *Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit*, Wiesbaden, S. 161–193.
- Bourdieu, P. (2004), *Der Staatsadel*, Konstanz.
- Carnevale A. P./Rose, S. J. (2004), »Socioeconomic Status, Race/Ethnicity, and Selective College Admissions«, in: Kahlenberg, R. (Hg.), *America's Untapped Ressource: Low-Income Students in Higher Education*, New York.
- Eurydice (2000a), *Two Decades of Reform in Higher Education in Europe: 1980 Onwards*. Eurydice Studies, Brüssel.
- Eurydice (2000b), *Zwei Jahrzehnte Hochschulreformen in Europa: Die Entwicklung seit 1980*, Brüssel.
- Hartmann, M. (2002), *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*, Frankfurt a.M.
- Hartmann, M. (2004), *Elitesozioogie. Eine Einführung*, Frankfurt a.M.
- Isserstedt, W. u.a. (2004), *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2003*, 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Bonn: Bundesministerium für Bildung und Forschung.
- Müller, W./Pollack, R. (2004), »Weshalb gibt es so wenige Arbeiterkinder in Deutschlands Universitäten?«, in: Becker, R./Lauterbach, W. (Hg.), *Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit*, Wiesbaden, S. 311–352.
- Rubner, Jeanne (2004), »Abitur ohne Garantie«, *Süddeutschen Zeitung* vom 9. August.